

Newsletter

Forum Eine Welt

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW, 40213 Düsseldorf
Ausgabe 02/2015 (Mai)



Editorial

Der Export von Rüstungsgütern ist für Viele ein Ärgernis. Dies hat seinen Grund vor allem darin, dass die Lieferung von Waffen, von Know how und Blau-pausen in vielen Teilen der Welt, ins-besondere in Krisengebieten, zu regionalen Rüstungswettläufen beitragen. Auch werden dadurch die Möglichkeiten geschaffen oder erweitert und wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, Konflikte eher militärisch auszutragen, als nach gewaltfreien Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Damit gehen direkt oder indirekt Potenziale und Kapazitäten für eine gedeihliche Entwicklung von Ländern, Regionen und Menschen verloren. Wegen seiner oft folgenschweren Dynamik und Wirkungen gilt der internationale Rüstungstransfer nicht als isoliertes Einzelproblem, sondern als Teil von Krisen- und Konfliktursachen, deren Bearbeitung eine wichtige Aufgabe für die Entwicklungs- und Friedenspolitik ist. Daher ist es für die SPD und auch für uns als Forum Eine Welt ein wichtiges Thema.

Das Programm der Partei für die letzte Bundestagswahl 2013 enthielt einige weitgehende Passagen zur Rüstungsexportpolitik. Nicht überraschend formulierte der Koalitionsvertrag deutlich zurückhaltender. Dennoch unterstrich **Sigmar Gabriel** als dann verantwortlicher Wirtschaftsminister wiederholt die Absicht, die

Lieferpraxis der Großen Koalition restriktiver zu gestalten als dies sonst der Fall war. Im nachstehenden Gespräch verdeutlicht er seine Position. **Jan Grebe** äußert sich zu diesem Thema als unabhängiger Wissenschaftler. Die beiden Interviews zusammen ergeben einen guten Überblick über den Stand der Dinge. Es hat sich bereits einiges bewegt, aber es bleibt auch noch viel zu tun.

Der arabische Raum befindet sich in einem höchst prekären Zustand. Jetzt ist es der Jemen, der durch Bürgerkrieg und ausländische Interventionen zerrissen wird. **Ariela Groß** versucht eine Einordnung des Konflikts.

Reinhard Hermle
Vorsitzender des Forum Eine Welt der
NRWSPD

Inhaltsverzeichnis

„Wir haben Rüstungsexporte deutlich reduziert“ Interview mit Sigmar Gabriel	S. 3
„Rüstungsexporte bleiben politische Entscheidungen“ Interview mit Jan Grebe	S. 5
Flüchtlingsgipfel der EU – Pressemitteilung	S. 8
„Es geht um keinen Gottesstaat!“ Zur Lage im Jemen Gespräch mit Ariela Groß	S. 9
Mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit	S. 11
G7-Gipfel in Elmau	S. 12
Standards für Lieferketten	S. 13
„Für eine nachhaltige und ge- Rechte Welt“ – Erklärung des Sustainable Development Solutions Network Germany	S. 14
Veranstaltungen/Termine	S. 16
Veröffentlichungen/Material	S. 17

Wir haben Rüstungsexporte „deutlich reduziert“

Interview mit **Sigmar Gabriel**, SPD-Vorsitzender und Bundesminister für Wirtschaft und Energie



Deutschland ist weltweit viertgrößter Waffenexporteur und größter Lieferant von Kleinwaffen. Im Koalitionsvertrag von 2013 steht: „Bei Rüstungsexportentscheidungen in sogenannte Drittstaaten sind die im Jahr 2000 beschlossenen strengen ‘Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, für unser Regierungshandeln verbindlich.“ Mehrfach hast Du die Praxis der Vorgängerregierungen als zu „lax“ bezeichnet. Was konntest Du als verantwortlicher Minister hinsichtlich einer restriktiveren Genehmigungspraxis bisher erreichen?

Im Jahr 2013 hat Deutschland noch Rüstungsgüter in Höhe von 5,8 Milliarden Euro exportiert. Wir haben das deutlich reduziert, auf Exporte im Wert von etwa 4,0 Milliarden Euro in 2014. Als Bundeswirtschaftsminister Sorge ich dafür, dass Deutschland eine restriktive Rüstungspolitik verfolgt und die strengen Politischen Grundsätze, die unter Rot-Grün eingeführt worden waren, vollumfänglich angewendet werden. Die Politischen Grundsätze sind da übrigens

eindeutig. Bei sogenannten „Drittländern“ – also Staaten, die weder der NATO noch der EU angehören und auch nicht zu den NATO-gleichgestellten Ländern wie z.B. Australien oder Neuseeland zählen – gilt der Grundsatz: Keine Genehmigung von Kriegswaffen in diese Länder. Nur wenn seitens der Bundesrepublik ein besonderes außen- und sicherheitspolitisches Interesse besteht, kann eine Ausfuhr im Einzelfall gerechtfertigt sein. Außerdem muss dann sichergestellt sein, dass deutsche Rüstungsgüter nicht für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden oder zur Verschärfung von Krisen beitragen.

Hältst Du hinsichtlich einer restriktiveren Rüstungspolitik noch mehr für machbar?

Ich denke, dass wir durch unsere Politik bereits viel erreicht haben, um die Rüstungsexportkontrolle wesentlich zu stärken. Aber natürlich muss man immer schauen, was noch getan werden kann, um sicherzustellen, dass Rüstungsexportpolitik verantwortungsbewusst stattfindet. Auch das verstehe ich im Übrigen unter einer größeren internationalen Verantwortung Deutschlands. Ein wichtiger Punkt, an dem ich mich zum Beispiel gerade für eine weitere Verschärfung der Exportkontrollen einsetze, ist der Bereich der Überwachungstechnologie. Denn autoritäre Regime unterdrücken ihre Bevölkerung ja bekanntlich nicht nur mit Panzern und Maschinengewehren, sondern eben auch durch den massiven Einsatz von Spähsoftware.

Sollte man nicht auch die Ausfuhr von Kleinwaffen gesetzlich regulieren? Immerhin sind sie verantwortlich für viel Leid in der Welt.

Kleinwaffen sind das Mittel der Wahl in den meisten Bürgerkriegen. Es ist für mich daher ein ganz wesentliches Anliegen, dass der Export von Kleinwaffen stärker reguliert und kontrolliert wird. Deswegen

haben wir auch Kleinwaffengrundsätze verabschiedet. Danach werden grundsätzlich keine Genehmigungen für die Ausfuhr von Komponenten und Technologie in Drittländer erteilt, die in dem betreffenden Land eine neue Herstellungslinie für kleine und leichte Waffen oder entsprechende Munition eröffnen. Außerdem werden für die Lieferung bestimmter Waffen keine Genehmigungen erteilt. Dies gilt zum Beispiel für Scharfschützengewehre an private Empfänger. Ferner soll grundsätzlich der Exportgrundsatz „Neu für Alt“ zur Anwendung kommen, d.h. Lieferung neuer Waffen nur bei gleichzeitiger Vernichtung der gleichen Anzahl von Altwaffen. Ich bin sicher: Diese Grundsätze verbessern die Kleinwaffenkontrolle ganz wesentlich.

Hinsichtlich der im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserung der Transparenz sind mit dem Halbjahresbericht und der zeitnahen Berichterstattung der Entscheidungen des Bundes-sicherheitsrats an das Parlament erste Schritte umgesetzt worden. Manche Kritiker halten das für zu wenig...

Die Rüstungsexportpolitik war in der Geschichte der Bundesrepublik nie so transparent wie heute. Durch die frühzeitigere Information der Öffentlichkeit darüber, welche Ausfuhren genehmigt wurden, wird die demokratische Kontrolle von Rüstungsexporten wesentlich gestärkt. Ich bin davon überzeugt: Die neuen Transparenzregeln werden in Zukunft getreu ihres Wortlauts und ihrer Intention angewandt werden müssen, unabhängig davon, wie der Bundeswirtschaftsminister heißt. Denn durch die jetzt geschaffene Transparenz und den damit erzwungenen Begründungszusammenhang für Exportgenehmigungen von Kriegswaffen oder sonstigen Rüstungsgütern, wird jeder tatsächliche oder vermeintliche Verstoß gegen diese Grundsätze zu öffentlichen politischen

Auseinandersetzungen führen. In Parlamenten aber vor allem auch in der Zivilgesellschaft, von Kirchentagen bis zu Parteitag. Die heimliche Verabredung, einen kritischen Rüstungsexport doch im Interesse der heimischen Industrie oder im Interesse guter wirtschaftlicher Beziehungen zum Empfängerland zu genehmigen, weil die Öffentlichkeit davon nur rudimentär Kenntnis erhalten wird, trägt nicht mehr.

Du forderst immer wieder, dass Exportentscheidungen öffentlich außen- und sicherheitspolitisch begründet werden müssten. Warum geschieht das zu wenig und warum wird diese Debatte nicht intensiver im Bundestag geführt?

Ein zentraler Grundsatz für mich lautet: Rüstungsexporte sind kein Mittel der Wirtschaftspolitik. Da die Lieferung von Rüstungsgütern ein derart sensibler Bereich ist, müssen außen- und sicherheitspolitische Beweggründe entscheidend sein – nicht wirtschaftspolitische. Ich würde mir natürlich wünschen, dass die Debatte über die Rüstungsexporte in der Öffentlichkeit noch stärker geführt wird. Aber wie ich mit Blick auf die vergrößerte Transparenz bei Exportentscheidungen ja bereits deutlich gemacht habe, gehe ich auch davon aus, dass dies zukünftig verstärkt geschehen wird.

„Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ – so steht es im Koalitionsvertrag. Müsste man heute nicht verstärkt in europäischen Zusammenhängen denken – Stichwort: Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie?

Deutschlands Sicherheit wird garantiert durch unsere feste Verankerung in kollektiven Sicherheitsstrukturen wie der NATO. Dabei gehört zu unserer Bündnisfähigkeit auch der Erhalt von Kern-

kompetenzen im Bereich der Rüstungstechnologie. Nicht zuletzt die aktuellen Krisen um uns herum machen dabei deutlich, dass Europa seine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiter stärken muss. Dazu gehört, sich auch in der Rüstungspolitik noch enger abzustimmen. Deutschland muss hier weiterhin kooperationsfähig bleiben und eine mitentscheidende Rolle beim Erhalt einer angemessenen unabhängigen europäischen Rüstungsindustrie wahrnehmen. Nur die Kooperation und zum Teil auch das Zusammengehen von Unternehmen in Europa kann gewährleisten, dass eine echte rüstungstechnologische Basis in Europa aufrechterhalten wird.

Die Fragen stellte Reinhard Hermle

„Rüstungsexporte bleiben politische Entscheidungen“

Interview mit **Jan Grebe**, Projektleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bonn International Center for Conversion (BICC). Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)



Deutschland ist weltweit viertgrößter Waffenexporteur und größter Lieferant von Kleinwaffen. Es gab Absichtserklärungen der Großen Koalition, die im Jahr 2000 beschlossenen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ strenger anzuwenden als es Vorgängerregierungen getan haben. Wie beurteilen Sie die bisherige Genehmigungspraxis der Bundesregierung seit 2013?

Bis jetzt sehen wir eine durchaus positive Entwicklung. Die Genehmigungswerte sind nach allem was wir bis jetzt wissen rückläufig, besonders im Bereich der Kleinwaffen. Dennoch stehen noch einige kritische Geschäfte an, etwa die Auslieferung von Kampfpanzern nach Katar. Man darf nicht vergessen, dass der Rüstungshandel häufig Fluktuationen unterliegt. Die weltweiten Entwicklungen und die Begehrlichkeiten anderer Staaten an deutschen Waffen werden auch die gegenwärtige Regierung vor schwierige Entscheidungen stellen. Am Ende des Tages bleiben Rüstungsexporte daher politische Entscheidungen, weshalb abzuwarten bleibt, ob sich langfristig die Genehmigungspraxis ändert. Die richtigen Akzente sind gesetzt. Man wird erst in einigen Jahren abschließend beurteilen können, wie streng die derzeitige Bundesregierung die eigenen Kriterien ausgelegt hat.

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit neue „Kleinwaffengrundsätze“. Wird es klarere und restriktive Regelungen hinsichtlich der Endverbleibserklärung und des Proliferationsrisikos geben? Zudem wird u.a. von der GKKE eine außen- und sicherheitspolitische Begründungspflicht für den Export von Kleinwaffen an Drittstaaten gefordert. Wie lassen sich die Lieferbedingungen insbesondere für Kleinwaffen, die ja als besonders gefährlich gelten, schärfer fassen?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass deutsche Kleinwaffen immer öfters in Gebieten auftauchen, in die sie eigentlich nicht gelangen sollten, wie z.B. in Georgien, Libyen und Kolumbien. Hier scheint es offensichtlich Schwierigkeiten bei der Endverbleibskontrolle zu geben oder aber, Endabnehmer haben sich nicht an getroffene Vereinbarungen gehalten. Daher ist die Ankündigung, strenge Kleinwaffengrundsätze zu veröffentlichen, ohne Zweifel positiv zu bewerten. Abzuwarten bleibt, was genau die Kleinwaffengrundsätzen beinhalten und wie diese in der Praxis angewendet werden. Wichtig wäre eine grundsätzliche Einschränkung der Kleinwaffenexporte, zumindest in Krisengebiete und unsichere Drittstaaten. Zusätzlich, und das scheint wohl Ziel der Kleinwaffengrundsätze zu sein, soweit man es heute weiß, ist es von zentraler Bedeutung, den Grundsatz „Neu-für-Alt“ aufzuwerten und ihn in der Praxis ausnahmslos anzuwenden. Damit wäre ein wichtiger Schritt getan, die Proliferation von alten Waffen zu verhindern. Zusätzlich sollten glaubhafte Verifikationsmechanismen etabliert werden. Die Bundesregierung muss sich das Recht einräumen lassen, den Verbleib von Waffen nach der Lieferung vor Ort zu überprüfen. Nur so kann nachhaltig sichergestellt werden, dass Waffen nicht illegal weitergegeben werden. An vielen dieser Punkte arbeitet die Bundesregierung derzeit, nun gilt es sie schnell und präzise umzusetzen.

Hinsichtlich der im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserung der Transparenz sind mit dem Halbjahresbericht und der zeitnahen Berichterstattung der Entscheidungen des Bundessicherheitsrats an das Parlament erste Schritte umgesetzt worden. Halten Sie dies für ausreichend ?

Die von der Bundesregierung umgesetzte Verbesserung der Transparenz und Berichterstattung ist sehr gut. Damit wird

eine zeitnahe Diskussion von Rüstungsexporten ermöglicht. Positiv ist die Weitergabe von Informationen an das Parlament nach Entscheidungen im Bundessicherheitsrat, und auch die Besuche von Bundeswirtschaftsminister Gabriel im Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag, um die Beweggründe für Rüstungsexporte darzulegen, sind ein deutlicher Fortschritt gegenüber der Vergangenheit. Verbesserungsmöglichkeiten gibt es jedoch weiterhin, denn es wurde die Gelegenheit verpasst, strukturelle Defizite in der Berichterstattung zu korrigieren. Für eine wirksame Kontrolle wären weiterführende Informationen, etwa genaue Angaben über den Endempfänger, eine präzisere Beschreibung des Waffensystems oder eine politische Bewertung von Empfängerländern, einschließlich einer Begründung für Exporte, von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung könnte hier noch mehr machen, wie es teilweise auch in anderen europäischen Staaten praktiziert wird. Die Regierung der belgischen Region Wallonie etwa veröffentlicht genaue Angaben, ob es sich bei dem Empfänger von Waffen um Streitkräfte, Polizei, Industrie oder Privatpersonen handelt. Die Niederlande veröffentlichen Angaben zu Rüstungsexporten monatlich.



Immer wieder wird gefordert, dass Exportentscheidungen öffentlich außen- und sicherheitspolitisch begründet

werden müssten? Warum geschieht das zu wenig und warum wird diese Debatte nicht intensiver im Bundestag geführt?

Die Forderung ist zentral, zumal Bundeswirtschaftsminister Gabriel mit seiner Festlegung, dass Rüstungsexporte zuvorderst ein Instrument der Sicherheitspolitik sind, die richtige Schwerpunktsetzung in der Diskussion vollzogen hat. Rüstungsexporte sind politische Entscheidungen, die einen komplexen Abwägungsprozess politischer Interessen und Beweggründe durchlaufen. Sie tangieren verschiedene Politikfelder; gerade deshalb bedarf es einer transparenten Begründung für Rüstungsexporte. Es muss beispielsweise dargelegt werden, warum in einzelnen Fällen Rüstungsexporte positiv beschieden werden, obwohl der eigene Menschenrechtsbericht der Bundesregierung gravierende Misstände in dem Empfängerland beschreibt. Rüstungsexporte müssen in außen- und sicherheitspolitische Konzepte eingebettet werden und ihre Auswirkung auf andere Politikbereiche, wie beispielsweise die Entwicklungs- oder Menschenrechtspolitik, muss öffentlich geklärt werden. Dies geschieht mit Rücksicht auf die diplomatischen Beziehungen mit potentiellen Empfängerländern und dem deutschen Staatswohl heute im Prinzip nicht. Dies ist ein ernstzunehmendes Argument, wie es auch jüngst das Bundesverfassungsgericht bekräftigt hat, jedoch geht es nicht darum, den internen Willensbildungsprozess der Bundesregierung in die Öffentlichkeit zu tragen, sondern die abschließenden Beweggründe für Rüstungsexporte darzulegen. Über geeignete Formate und Mechanismen gilt es gemeinsam mit dem Parlament nachzudenken.

„Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen

Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ – so steht es im Koalitionsvertrag. Müsste man heute nicht verstärkt in europäischen Zusammenhängen denken - Stichwort: Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie?

Absolut, eine Europäisierung der Rüstungsindustrie wäre ein wichtiger Schritt. Angesichts der Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes, dem Versuch der EU-Kommission, immer mehr Kompetenzen zu erlangen, und einer immer engeren Kooperation europäischer Rüstungsunternehmen wäre es wichtig darüber nachzudenken, wie eine Europäisierung der Rüstungsindustrie zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zukunftsweisend und positiv ausgestaltet werden kann. Damit könnten nicht nur Überproduktionskapazitäten auf europäischer Ebene abgebaut werden, sondern auch die Abhängigkeit der Unternehmen von Exporten an unsichere Drittstaaten verringert werden. Eine Europäisierung der Rüstungsindustrie ist jedoch ambitioniert und mit politischen und wirtschaftlichen Stolperfallen versehen. Die Gefahr besteht jedoch in der Aufweichung bestehender Kontrollmechanismen. Wenn also in Zukunft europäische Rüstungsunternehmen entstehen, muss man sich zwangsläufig auch Gedanken über eine europäische Exportkontrolle machen, was auch die Stärkung des Europäischen Parlaments einschließt. Das ist insgesamt ein steiniger Weg.

Es gibt den Vorschlag z.B. von der Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“, den Art. 26, Satz 2 GG neu zu fassen, um die Bundesregierung auf eine restriktive Export-praxis zu verpflichten. Wäre das hilfreich und wäre die Verabschiedung eines Rüstungsexportgesetzes ein wichtiger Schritt ?

Aus meiner Sicht löst dies nicht das Problem der derzeitigen Rüstungsexportpraxis. Sicherlich wäre es wün-

schenswert, wenn die Kriterien für Rüstungsexporte Gesetzesrang erhalten. Am Ende des Tages aber bleiben es politische Entscheidungen, die einer parlamentarischen Kontrolle und öffentlichen Diskussion standhalten müssen. Daher wäre es wichtiger, über Prozesse und Mechanismen nachzudenken, wie die Bundesregierung zu einer öffentlichen politischen Begründung von Rüstungsexporten bewegt werden kann und welche Kontrollbefugnisse das Parlament in Zukunft haben soll. Dazu gibt es bereits einige Vorschläge. Diese wieder verstärkt zu diskutieren, ist besonders Aufgabe des Parlaments.

Die Fragen stellte Reinhard Hermle

Flüchtlingsgipfel der EU

In einer Pressemitteilung vom 24. April 2015 nahmen die Vorsitzenden des SPD-Forums „Eine Welt“ **Heidemarie Wieczorek-Zeul** und **Reinhard Hermle** zum Flüchtlingsgipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wie folgt Stellung:

„Die Beschlüsse des jüngsten EU-Gipfels sind enttäuschend. Denn sie werden der Dramatik des Massensterbens im Mittelmeer in keiner Weise gerecht. Nach wie vor erstreckt sich die Seenotrettung nur auf einen sehr begrenzten Raum, der nicht dem guten Beispiel der italienischen Operation *Mare Nostrum* entspricht. Weiterhin gibt es keine Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen für jeden EU-Mitgliedstaat. Vor allem ist es nötig, endlich Formen der legalen Zuwanderung nach Europa zu schaffen, um den Schleppern und Schleusern das Handwerk zu legen.

Was muss eigentlich noch passieren, um die katastrophale Gleichgültigkeit mancher europäischer Regierungen zu erschüttern? Bereits vor zehn Jahren hat die UN-Kommission zu Fragen der internationalen Migration praktische Vorschläge gemacht, die nicht länger in den Schubladen liegen dürfen! Sie zu ignorieren und weiterzumachen wie bisher, erschüttert die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union und beschädigt das Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent Afrika.

Die EU-Kommission muss jetzt rasch eigene, weitergehende Vorschläge entwickeln! Niemand verlässt ohne Not und Grund seine Heimat. Daher ist es auch entscheidend, die Fluchtursachen entschlossen zu bekämpfen: Die Fischerpolitik der EU muss sich ändern, dem Landgrabbing ist Einhalt zu gebieten. Die Länder Afrikas brauchen Unterstützung bei der Stärkung von Staatlichkeit, der Förderung nachhaltigen Wachstums und beim Aufbau funktionierender Steuersysteme. Wir müssen die lokalen Gesundheitssysteme fördern und die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose fortsetzen. Vor allem gilt es, die Frauen und ihre Eigenständigkeit zu stärken.“



„Es geht um keinen Gottesstaat!“

Zur Lage im Jemen

Gespräch mit **Ariela Groß**

Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jemen



Erklärtes Ziel der aktuellen arabischen Intervention im Jemen ist es, dem Vormarsch der Huthi-Rebellen Einhalt zu gebieten. Um was geht es den Huthis?

Der Vormarsch der Huthi-Rebellen fand in der nordwestlichen und zu Saudi-Arabien angrenzenden Provinz Saadah, der Heimatregion der Huthis, seinen Anfang. Ursprünglich ging es um eine lokal begrenzte Protestbewegung. Das hauptsächliche Anliegen der Huthis bestand darin, die sozioökonomische Marginalisierung ihrer Heimatprovinz zu beenden und ihre religiös geprägte Identität zu bewahren. Die Huthis zählen zu den Zaiditen. Dies ist eine Strömung innerhalb des schiitischen Islam, die in ihrer Religionspraxis jedoch der sunnitischen Konfession näher steht. Von 2004 bis 2010 bekämpfte der damalige Präsident Ali Abdallah Saleh die Huthis in sechs aufeinanderfolgenden Kriegen. Saleh ist selber Zaidit, sah aber in ihrem charismatischen Anführer Hussein Badr ad-Din al-Huthi einen potentiellen Konkurrenten. Trotz großer Verluste gingen die Huthis aus diesen Kriegen als äußerst kampferprobte Miliz hervor.

Insbesondere seit 2013 trieben sie die territoriale Expansion über die Grenzen Saadahs hinaus voran. Im Herbst 2014 schließlich nahmen sie die Hauptstadt Sana'a ein.

Mittlerweile ist das Land gespalten. De facto gibt es sogar zwei Regierungen...

Richtig. Der jemenitische Präsident Abed Rabbo Mansour Hadi sowie die seit Herbst 2014 eingesetzte Regierung sind im Januar eigentlich zurückgetreten. Damit protestierten sie gegen die Einnahme der Hauptstadt Sana'a durch die Huthis im Herbst letzten Jahres und gegen die zunehmende Druckausübung seitens der Huthis auf die Regierung. Daraufhin stellten die Huthi-Rebellen Hadi sowie verschiedene Regierungsmitglieder unter Hausarrest. Mitte Februar floh dann Präsident Hadi nach Aden, in die ehemalige Hauptstadt des Südjemen. Dort hat er seinen Rücktritt revidiert und Aden zur vorübergehenden Hauptstadt des Jemen erklärt. Gleichzeitig errichteten die Huthis in Sana'a alternative Regierungsstrukturen, mit dem Ergebnis, dass der Jemen plötzlich zwei Hauptstädte mit getrennt voneinander agierenden Institutionen hatte. Beide rivalisieren um Legitimität.

Zur selben Zeit trieb der militärische Flügel der Huthi-Rebellen die territoriale Expansion in Richtung Süden und in Richtung Aden voran. Präsident Hadi sah sich zunehmend in die Enge getrieben und forderte schließlich Unterstützung der Mitglieder des Golfkooperationsrats ein. Inzwischen dauern die Luftschläge mehr als eine Woche an und ein Ende ist nicht in Sicht.

Die arabische Intervention wird mit der Einmischung des Iran in die inneren Angelegenheiten des Jemen begründet. Inwiefern ist der Vorwurf berechtigt?

Die These eines Stellvertreterkrieges zwischen Saudi-Arabien und dem Iran greift zu kurz. Angesichts des Atomdeals zwischen dem Iran und dem Westen erscheint die militärische Intervention unter Führung Saudi-Arabiens als nervöse Reaktion eines regionalen Akteurs, der um sein Gewicht in der Region fürchtet. Dieser Erklärungsansatz wird jedoch der komplexen Situation im Jemen nicht gerecht.

Es wäre stark vereinfacht, den Konflikt als Stellvertreterkrieg zwischen Sunniten und Schiiten zu deklarieren. Weder streben die Huthis die Errichtung eines Gottesstaates an, noch thematisieren sie theologische Streitfragen.

Es ist richtig, dass der Iran die Huthis bislang unterstützt hat. Form und Umfang sind jedoch nicht klar nachweisbar. Die Unterstützung wird sich jedoch in überschaubarem Maße gehalten haben, da die Huthis für den Iran außenpolitisch bislang eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben dürften. Ali Reza Zakani, Abgeordneter im iranischen Parlament und enger Berater des politischen und geistlichen Führers Ali Khamenei, ließ als Reaktion auf die Einnahme der Hauptstadt im Herbst durch die Huthis verlauten, dass sich mit Sana'a nun die vierte arabische Hauptstadt auf den Pfad der iranischen Revolution eingliedert hätte. Dennoch hat diese bis dato beispiellose Machtdemonstration der Huthis wenig mit großangelegter iranischer Unterstützung zu tun. Es geht vielmehr um lokale jemenitische Machtpolitik.

Ist der Konflikt aber im Kern nicht doch ein Religionskrieg zwischen Sunniten und Schiiten?

Es wäre stark vereinfacht, den Konflikt im Jemen als einen Stellvertreterkrieg zwischen Sunniten und Schiiten zu deklarieren. Weder streben die Huthis die Errichtung eines Gottesstaates an, noch

thematisieren sie theologische Streitfragen. Die Bewegung der Huthis gründet sich auf dem Ziel, ihre schiitisch-zaiditische Identität zu bewahren, sodass der Konflikt durchaus eine konfessionelle Facette hat. Bislang ist sie jedoch nicht konfliktbestimmend. Die derzeitige Gemengelage hat jedoch das Potenzial, sich zu einem Konfessionskrieg mit regionalen Sponsoren auszuweiten: Der Jemen ist Heimat eines besonders radikalen Ablegers von al-Qaida, der die Huthis als Häretiker betrachtet. Die Militäroffensive hat diese konfessionelle Dimension bereits verstärkt und birgt die akute Gefahr, dass sich das Einordnen des jemenitischen Konflikts in konfessionelle Parameter früher oder später in eine selbsterfüllende Prophezeiung wandelt.

Im Kern geht es um eine lokale Auseinandersetzung um Macht und den Zugang zu Ressourcen. Der rapide Zerfall staatlicher Durchsetzungsfähigkeit, gepaart mit der Unfähigkeit Präsident Hadis, seit 2012 seine Macht und Legitimität zu konsolidieren, boten den Huthis ideale Angriffspunkte, um mit ihren Forderungen nach Korruptionsbekämpfung und mehr Transparenz ihre Anhängerschaft auch über ihre Kernklientel hinaus auszuweiten.

Das Potenzial der Huthis, Präsident Hadi und seiner Regierung etwas entgegenzusetzen, erkannte schließlich auch Ali Abdallah Saleh, der ehemalige Präsident Jemens. Er hatte im November 2011 die Macht an seinen bisherigen Vizepräsidenten Abed Rabbo Mansour Hadi abgeben müssen. Seitdem sinnt er auf Rache. So waren es Saleh-loyale tribale und militärische Einheiten, die den Huthis auf ihrem Weg nach Sana'a und darüber hinaus entsprechende Unterstützung zukommen ließen.

Können die Luftschläge den Konflikt lösen?

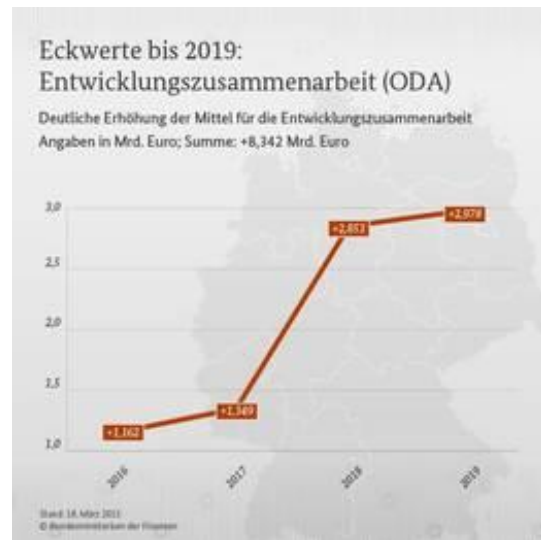
Ähnlich wie in Syrien bahnt sich im Jemen ein konfessionell aufgeladener Konflikt an, der monate-, vielleicht sogar jahrelang andauern könnte. Will man dies verhindern, muss das militärische Vorgehen so schnell wie möglich beendet werden. Die Huthis werden ihre Machtposition nicht durch die Luftschläge aufgeben. Die arabische Koalition zerstört im Rahmen ihrer Luftangriffe vor allem auch Infrastruktur des jemenitischen Militärs, das somit bis auf absehbare Zeit nicht mehr in der Lage sein wird, al-Qaida zu bekämpfen. Statt zur Stabilität des Jemen beizutragen, befördern die Luftschläge daher eher die Ausbreitung und Erstarkung al-Qaidas und weitere Instabilität im Land und in der Region. Es gibt keine Alternative zu einer politischen Lösung auf dem Verhandlungswege. Oman, das als einziges Mitglied des Golfkooperationsrats nicht an den Militärschlägen teilnimmt und zu allen Konfliktparteien gute Beziehungen unterhält, würde sich als Vermittler anbieten. Darüber hinaus wird Deutschland im Jemen als zuverlässiger Partner geschätzt und unterhält gute Beziehungen zu den Huthis. Diese sollten genutzt werden, um die Huthis in Richtung Verhandlungstisch zu bewegen.

Veröffentlicht am 07.04.2015

Mit freundlicher Genehmigung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Internationale Politik und Gesellschaft (IPG)

<http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/es-geht-um-keinen-gottesstaat-866/>

Mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit



© Bundesministerium der Finanzen

Die Bundesregierung hat am 18. März die Eckwerte zum Entwurf des Bundeshaushalts 2016 und zum Finanzplan 2015 bis 2019 beschlossen. Demnach ist in den kommenden Jahren mit einem erheblichen Anstieg der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zu rechnen. Der Entwicklungsetat soll im kommenden Jahr um 13,2 Prozent auf 7,4 Milliarden Euro steigen. Auch für die Folgejahre sind bereits mindestens je 7,5 Milliarden Euro eingeplant. Damit wächst der Haushalt des BMZ im kommenden Jahr um rund 860 Millionen Euro. Die Eckwerte sehen vor, dass die ODA-Mittel in einem Umfang von mehr als 8,3 Milliarden Euro zusätzlich im Zeitraum von 2016 bis 2019 steigen soll.

Für das Forum Eine Welt der SPD erklärten Ex-Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Reinhard Hermle: „Das ist ein unüberhörbares Signal der Bundesregierung. Die Aufstockung des Etats ist für die Entwicklungsziele und für die Prävention von Konflikten in der Welt von enormer Bedeutung. Die SPD hat sich sehr für die Steigerung dieser Mittel eingesetzt. Jetzt ist zu hoffen, dass beim G7-Treffen

im Juni in Elmau die notwendigen Entscheidungen getroffen werden, um die Finanzierung der für September in New York und im Dezember in Paris zu verabschiedenden Nachhaltigkeits- und Klimaziele sicherzustellen.

Immer wenn Deutschland die G7- bzw. die G8-Präsidentschaft inne hatte, hat es ‚Leadership‘ gezeigt: 1999 mit dem Beschluss zum Schuldenerlass für die ärmsten hochverschuldeten Entwicklungsländer, 2007 mit den Entscheidungen zum Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose. Es ist gut, dass dies bei der G7 Präsidentschaft auch diesmal der Fall ist.“

Auch der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) begrüßte die geplante Mittelerhöhung. Der Verband fordert jedoch, dass Mittel für den Klimaschutz zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müssen.

G7-Gipfel in Elmau



Im Februar legten VENRO, das Forum Umwelt und Entwicklung und die Aktion Deine Stimme Gegen Armut ein Papier vor („Eine neue Politik für globale Gerechtigkeit. Zivilgesellschaftliche Forderungen zur deutschen G7-Präsidentschaft“), in dem sich die genannten Organisationen im Hinblick auf den G7-Gipfel, der am 7. und 8. Juni 2015 in Elmau/Bayern stattfindet, positionieren.

Sie fordern die Bundesregierung auf, das Thema Gerechtigkeit ganz oben auf ihre Agenda zu setzen. Sie müsse den G7-Gipfel als Meilenstein zur Überwindung weltweiter Ungleichheit und für nachhaltiges Wirtschaften unter Berücksichtigung der planetarischen Grenzen verstehen. Der Gipfel müsse konkrete und konstruktive Beiträge zur Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung liefern und Antworten geben auf die Krise neoliberaler Austeritäts- und Handelspolitik, auf die weltweit wachsende soziale Ungleichheit, auf die massive ökologische Krise und den fortschreitenden Klimawandel. Von diesem Papier liegt inzwischen auch eine englische Version vor.

Brot für die Welt hat mit dem Papier „Noch 13 Wochen bis zum G7-Gipfel“ seine Erwartungen an den G7-Gipfel in Bayern im Juni formuliert. Darin wird die G7 dazu aufgefordert, eine Vorreiterrolle für eine global zukunftsfähige Entwicklung einzunehmen und benennt sieben Aufgaben, die es hierzu seitens der G7-Staaten zu erfüllen gälte.

Inzwischen ist es gute Übung, dass die jeweiligen G7-Präsidentschaften den Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften suchen. Diesem Zweck diene u.a. der „Civil G7 Dialogue“, der am 20. April 2015 in Berlin stattfand und vom Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), Forum Umwelt und Entwicklung in Kooperation mit der deutschen G7-Präsidentschaft ausgerichtet wurde. Neben den rund 200 Vertreterinnen und Vertretern deutscher und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO) nahmen Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie eine Vielzahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten ihrer Regierung an dieser internationalen Konferenz teil. VENRO appellierte an die deutsche G7-Präsidentschaft, ihren Vorsitz zu nutzen, um sich vor allem für ein

nachhaltiges Wirtschafts- und Entwicklungsmodell einzusetzen. So soll sich die Bundesregierung stark machen für eine menschenrechtsbasierte neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda, ein ambitioniertes Klimaschutzabkommen und eine entsprechende Entwicklungsfinanzierung.

http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/Neue_Politik_fuer_Globale_Gerechtigkeit.pdf
http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/A_new_policy_for_global_justice.pdf
<https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/noch-13-wochen-bis-zum-g7-gipfel>

Initiative „Standards in Lieferketten“ gestartet



Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft haben Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, und Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit einer zweitägigen Konferenz in Berlin die gemeinsame Initiative „Standards in Lieferketten“ gestartet. Ziel dieser Initiative ist es, sozialverant-

wortliches und umweltverträgliches Handeln in der globalen Warenproduktion zu einem der Top-Themen der sieben größten Industrieländer zu machen. „Wir haben als Industrienationen die Möglichkeit, die globalen Produktionsabläufe zu beeinflussen“, sagte Minister Müller. „Wenn wir Hungerlöhne in Textilfabriken, Kinderarbeit, Müllhalden voll Elektroschrott, vergiftete Flüsse als Folgen unseres Konsumhunger nicht wollen, müssen wir einen fairen Handel politisch gestalten“. Ministerin Nahles erklärte: „Allein durch Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen entsteht weltweit ein Schaden von 2,8 Billionen US-Dollar pro Jahr. Das entspricht vier Prozent des globalen BIP. Das können und wollen wir uns nicht leisten. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen überall und weltweit gelten“.

Im Rahmen der Konferenz haben die beiden Bundesminister ein gemeinsames Zukunftspapier unter dem Titel „Gute Arbeit weltweit“ vorgelegt. Es beschreibt die aktuellen Herausforderungen und führt Lösungsvorschläge zur Einhaltung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in Lieferketten auf. So könnte ein globaler Präventionsfonds („Vision Zero Fund“) eingerichtet werden, mit dem Ziel, die Zahl der Opfer von Arbeitsunfällen weltweit soweit wie möglich zu reduzieren, zum Beispiel durch Investitionen in Brandschutz, Trainingsmaßnahmen und den Aufbau von Unfallversicherungen. Ein solcher Fonds sollte aus freiwilligen Unternehmensbeiträgen gespeist werden. Weitere Vorschläge betreffen die Verbesserung von Beschwerdemechanismen und Schlichtungsverfahren für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verletzung von Standards. Die Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher sollte durch die Einführung von Umwelt- und Sozialsiegeln verbessert werden. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) in G7-

Staaten sollten besser unterstützt werden, damit sie soziale Verantwortung entlang globaler Lieferketten übernehmen können.

http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie252_lieferketten.pdf

Für eine nachhaltige und gerechte Welt“

Erklärung des Sustainable Development Solutions Network Germany zum G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau/Deutschland

Bonn/Potsdam, 18. März 2015G7



Wenn Kanzlerin Angela Merkel Anfang Juni 2015 zum zweiten Mal nach 2007 ihre G7 Kollegen zu einem Gipfel begrüßt, wird sie einen anderen Gipfel in einer veränderten Welt eröffnen. 2007 in Heiligendamm waren die G7 noch die G8 und der Gipfel stand mit der Einbindung wichtiger Schwellenländer wie auch Afrikas für den Versuch einer unterschiede integrierenden, kooperativen Weltinnenpolitik. Anfang 2009 etabliertensich die G20 als höchstes Forum der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Im Kontext der Ukraine-Krise beschlossen die G7 in 2014, sich bis auf weiteres ohne Russland zu treffen. Der Elmau-Gipfel 2015 wird der erste reguläre Gipfel in diesem wieder engeren Format sein, weniger denn je ein Welt-Gipfel, vielmehr das Treffen einer Teilgruppe

größerer Industrieländer inmitten tiefer gewordener Spaltungen und Spannungen.

Wir rufen die G7 auf, in ihrem Selbstverständnis als Wertegemeinschaft alles zu tun, um nicht selber zum Ausdruck neuer Blockbildungen zu werden, sondern die G7-Zusammenarbeit deutlich in den Dienst zentraler Menschheitsanliegen und entsprechender multilateraler Prozesse zu stellen.

Im Jahr 2015 hat die Weltgemeinschaft trotz aller Krisen und Konflikte die Möglichkeit, mit dem erfolgreichen Abschluss von drei globalen Konferenzen Wege für eine gutes Leben für alle in den Grenzen unserer Erde zu beschließen:

(1) Verabschiedung von weltweit gültigen Zielen nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) durch den VN-Gipfel im September 2015 in New York,

(2) Vereinbarung eines ambitionierten und durch wirksame Überprüfungsmechanismen bewehrten universellen Klimavertrages durch die VN-Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris,

(3) Mobilisierung der für die Umsetzung beider Aufgaben erforderlichen Instrumente und Finanzmittel unter anderem durch die Entwicklungsfinanzierungskonferenz im Juli 2015 in Addis Abeba. Geopolitik von heute darf nicht mehr Machtpolitik von gestern sein, sondern muss zur Zukunftspolitik für die Menschheit und ihre Erde werden. Das Besinnen auf ein gemeinsames Interesse an einem guten Morgen kann auch helfen, aktuelle Konflikte in einem neuen Licht zu sehen und zu überwinden.

Wir rufen die G7 auf, sich mit Nachdruck hinter die drei miteinander verbundenen Prozesse zu stellen, zu ambitionierten Ergebnissen beizutragen und in Elmau die entstehende globale Agenda durch die Vereinbarung entschlossener eigener Beiträge auf drei Ebenen zu unterstützen:

(1) In ihren eigenen Ländern: Nicht-nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen überwinden. Die G7 sollten sich in Elmau verpflichten, die SDGs für ihre Länder in nationalen Strategien nachhaltiger Entwicklung zu verankern und darüber bis zum G7-Gipfel in 2017 zu berichten. Diese Strategien für die jeweiligen G7-Länder sollten insbesondere auchfolgende Maßnahmen von globaler Bedeutung umfassen:

- o Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 % bis 2020 und um 90 % bis 2050 (jeweils gegenüber 1990),
- o Halbierung der Nahrungsmittelverluste bis 2030,
- o Verdreifachung der Rohstoffproduktivität bis 2030 (gegenüber der Mitte der 1990er Jahre) und bis 2050 Übergang zu weitgehenden Kreislaufwirtschaften.

Deutschland sollte seine nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung im Lichte der SDGs mit globaler Perspektive weiterentwickeln und gleiches in der Europäischen Union fordern.

(2) In ihrer globalen Politik: Regeln der Globalisierung an Nachhaltigkeit und Fairness ausrichten. Die G7 sollten in Elmau vereinbaren, ihre Mitgestaltung der globalen Politik durchgängig an den SDGs auszurichten und damit ein starkes Signal ihres Interesses an einer inklusiveren, gerechteren Weltordnung senden. Sie sollten dies durch drei Schritte konkretisieren:

- o Ausrichtung ihrer bilateralen sowie multilateralen Handels- und Investitionsabkommen an globaler Nachhaltigkeit und Nichtdiskriminierung von Entwicklungsländern,
- o Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für kohlenstofffreie bzw. – arme Energietechnologien unter anderem durch die zügige Bildung eines globalen Kohlenstoffpreises, der die tatsächlichen atmosphärischen Knappheitsverhältnisse widerspiegelt,

o Bereitschaft zur Reform von VN-Sicherheitsrat, Weltbank und IWF sowie Unterstützung einer stärkeren Rolle Afrikas und der Afrikanischen Union in der globalen Politik.

Deutschland sollte sein Engagement für soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards und Pflichten in internationalen Wertschöpfungsketten umsetzen und hierfür mit anderen Ländern sowie mit Unternehmen anspruchsvolle, überprüfbare Standards verbindlich vereinbaren.

(3) In ihrer Zusammenarbeit mit anderen: Umsetzung der SDGs weltweit wirksam unterstützen. In der neuen Welt

gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten hängt die Bereitschaft anderer, zu globalen öffentlichen Gütern und Zielen beizutragen, maßgeblich auch davon ab, inwieweit die G7 ihre Verpflichtungen zur Unterstützung einhalten. Vor der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba sollten die G7 verloren gegangenes Vertrauen in Elmau durch quantifizierte, zeitgebundene Zusagen in drei Bereichen zurückgewinnen:

- o Verdoppelung der jährlichen öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) der G7 an die ärmsten Länder bis 202 auf über 50 Mrd. USD zur Umsetzung der SDGs unter anderem in Bereichen wie Armut und Hunger, Gesundheit und Bildung,
- o Bereitstellung zusätzlicher 50 Mrd. USD jährlich in den Jahren 2020 bis 2025 als G7-Beitrag für die Klimafinanzierung in Ländern niedrigen und mittleren Einkommens, davon mindestens ein Drittel in Form von Zuschüssen insbesondere über den Green Climate Fund,
- o Präferenzvoller Zugang für Niedrigeinkommensländer zu allen wesentlichen Nachhaltigkeitstechnologien der G7-Länder bis 2020. Deutschland hat zwischen dem Millennium-Gipfel in 2000 und dem G8-Gipfel in Heiligendamm in

2007 seine OD-Leistungen um mehr als 50% gesteigert. Deutschland sollte sich nun in einem nächsten Schritt verpflichten, seinen Abstand zum 0,7%-Ziel bis zum Jahr 2020 zu halbieren.

An der Schwelle zu einem Halbjahr mit drei Weltgipfeln zu Schlüsselfragen global nachhaltiger Entwicklung rufen wir die G7 auf, als Vorreiter ihren Teil der Hausaufgaben für eine neue, kooperative Geopolitik anzunehmen und so die positive Dynamik des Entscheidungsjahres 2015 zu verstärken.

Mehr zum SDSN siehe: <http://unsdsn.org/what-we-do/national-and-regional-networks/national-sdsn/germany-sdsn/>

VERANSTALTUNGEN/TERMINE

Bundeskonzferenz der kommunalen Entwicklungspolitik



am 25. und 26. Juni 2015 veranstaltet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH die 13. Bundeskonzferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik im Hannover Congress Centrum. Die Teilnahme ist kostenfrei. Aufwendungen für Anreise und Übernachtung werden von der Servicestelle nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes übernommen. Das Kommen lohnt: Unter dem Motto

„Globale Nachhaltigkeitsziele lokal verankern“ soll darüber diskutiert werden, wie Kommunen entwicklungspolitische Initiativen ergreifen und weiterentwickeln können. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil haben ihre Teilnahme zugesagt. Die Bundeskonzferenz richtet sich besonders an Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik und -verwaltung, kommunale Spitzenverbände, kommunale Dienstleister sowie in der kommunalen Entwicklungspolitik aktive zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit Umwelt,- Sozial- oder Wirtschaftsfragen beschäftigen.

Anmeldung über: SKEW, Sebastian Dürselen, Telefon 0228 20717-313, buko@engagement-global.de, www.service-eine-welt.de/bundeskonzferenzen/bundeskonzferenz-en-start.html, www.engagement-global.de/seminar-anmeldung.html?id=2585&lh=d7415373318f10fadfb197a4f7db06ae

Bonner Dialogforum

Die Servicestelle, die Stadt Bonn und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik laden Vertreterinnen und Vertreter aus Bonner Institutionen, Wirtschaft, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen am Donnerstag, 21. Mai 2015 zu einem Dialogforum in die Bundesstadt ein. Mit Expertinnen und Experten, die in die Entwicklung der Zukunftscharta des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eingebunden waren, soll diskutiert werden, wie es mit den Leitsätzen der Zukunftscharta „EINEWELT – Unsere Verantwortung“ weitergehen kann. Die beteiligten Bonner Themenpaten geben einen Einblick in den Entstehungsprozess und stellen der interessierten Fachöffentlichkeit vor, wie Überlegungen zur Umsetzung der Zukunftscharta

insbesondere auf der kommunalen Ebene aussehen können. Im Dialog mit den Teilnehmenden wird erörtert, welche Ansätze sich für konkrete Aktivitäten und Kooperationen zur Umsetzung in Bonn eignen.

Kontakt: SKEW, Annette Turmann, Telefon 0228 20717-335, annette.turmann@engagement-global.de, Bundesstadt Bonn, Verena Schwarte, Telefon 0228 776731, verena.schwarte@bonn.de

Jugendkongress „Zukunft selber machen“

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und das Bundesumweltministerium laden junge Menschen ein, sich für eine Teilnahme am Jugendkongress „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu bewerben, der vom 4. bis 6. September 2015 unter dem Motto „Selber machen“ in Osnabrück stattfindet. Im Mittelpunkt des Kongresses stehen nachhaltige Lebensstile und die gemeinsame Entwicklung neuer Ideen zu diesem Thema. Insgesamt können 150 junge Leute zwischen 16 und 27 Jahren teilnehmen. Eingeladen ist jeder mit grundsätzlichem Interesse für das Thema Nachhaltigkeit und der Bereitschaft, engagiert und kreativ mitzuwirken. Interessierte können sich bis zum 18. Mai 2015 mit einem Projekt oder einer Idee zum Thema Nachhaltigkeit bewerben.

<https://www.zsm-2015.de/>

Weltwärts

Eine Weile im Ausland leben und arbeiten - dies ist für viele junge Menschen ein großer Traum. Das Eine Welt Netz NRW organisiert seit 2008 entwicklungspolitische Freiwilligendienste wie zum Beispiel „weltwärts“. Es ermöglicht jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren, ein Jahr lang in einer fremden Kultur zu leben, zu arbeiten und zu lernen. Im Jahr 2015 können 36 Freiwillige in 16 entwicklungspolitische Partnerprojekte in

10 Länder entsendet werden. Die Einsatzplätze sind so vielfältig wie die Partnerorganisationen – z.B. „Skate Aid“ aus Münster mit ihrem Projekt in Costa Rica (Foto). Die Freiwilligen erleben eine prägende Zeit in fremden Kulturen und Lebenswelten. Noch werden Bewerbungen angenommen.

Info: Susanne.Nielaender@eine-welt-netz-nrw.de Tel. 02 51 / 28 46 69 14

VERÖFFENTLICHUNGEN/ **MATERIAL**

Michael Bohnet:

Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik
Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen

Utb 4320

UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz und München 2015

Die deutsche Entwicklungspolitik war unter den bislang 13 Ministerinnen und Ministern durch ein Wechselbad von Strategien geprägt. Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Rohstoffpolitik sowie Umwelt- und Friedenspolitik waren stets durchwoben von ethisch-humanitären Motiven. In chronologischer Strenge zeichnet der Autor, langjähriger leitender Mitarbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Professor für Volkswirtschaftslehre und Ministerialdirektor a.D. 14 Etappen deutscher Entwicklungspolitik und bewertet die Strategien, ihre Inhalte und Ergebnisse. Das Buch fasziniert durch eine eindrucksvolle Innenansicht der Geschehnisse. Zu allen Perioden werden Stimmen von Zeitzeugen

wiedergegeben. Die Publikation schließt mit einer Bilanz: Fortschritte und Rückschläge werden deutlich benannt und neun große Herausforderungen für eine zukünftige Entwicklungspolitik aufgezeigt. Eine empfehlenswerte Lektüre für jeden, der mehr über deutsche Entwicklungspolitik wissen möchte!

Broschüre „Entwicklungspolitik der Länder“

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd des World University Service hat die Broschüre „Entwicklungspolitik der Länder“ aktualisiert und überarbeitet. Nicht nur das Design und der Name wurden mit der neuen Ausgabe geändert, sondern es wurde auch der Beschluss der letzten Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungszusammenarbeit vom 12. Juni 2014 aufgenommen, in welchem die Bundesländer ihre Unterstützung zur Post-2015-Agenda bekunden. Die Broschüre enthält weiterhin auch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen zur Entwicklungszusammenarbeit von 1962 bis 2008 und informiert über die entwicklungspolitischen Aktivitäten und Ziele der 16 Länder.

www.wusgermany.de/sites/wusgermany.de/files/content/files/ez_broschuere_2015_stand_02_04_15.pdf

Flyer zum Europäischen Jahr für Entwicklung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat einen Flyer zum Europäischen Jahr für Entwicklung herausgegeben. Darin informiert das BMZ in knapper, verständlicher und anschaulicher Form über das Motto und die Ziele des EU-Themenjahres. Zudem werden die

Aktivitäten in Deutschland, das Förderprogramm sowie die Geschäftsstelle des Europäischen Jahres bei der Engagement Global gGmbH vorgestellt.

www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/flyer/Flyer_EJE2015.pdf

Impressum Newsletter

Dieser Newsletter erscheint unregelmäßig im PDF-Format und wird herausgegeben von der NRWSPD, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf.

Redaktion: Reinhard Hermle

Bei Interesse an einer Aufnahme in der Verteiler des Forums Eine Welt NRW bitte Mail an: info@nrwspd.de